Ä61 Alle für eine, eine für alle: Demokratie

Antragsteller*in: Heiner Klemp (Oberhavel KV)

Änderungsantrag zu 3.4

Von Zeile 4 bis 5 einfügen:
Die parlamentarische Demokratie ist der Regelfall und sie soll es auch bleiben, denn trotz aller Unkenrufe funktioniert sie sehr gut. Das bedeutet allerdings nicht, dass keine Verbesserungen mehr möglich sind. Die Unterrepräsentanz bestimmter Teile der Bevölkerung, geringe Einflussnahme auf die personelle Zusammensetzung des Parlaments sowie mangelnde Möglichkeiten zur Beteiligung am Gesetzgebungsverfahren wollen wir angehen. Wir wollen das Wahlrecht dahingehend reformieren, dass zum einen eine 50-prozentige Repräsentanz von Frauen im Parlament sichergestellt wird. Zum anderen sollen die Menschen über offene Listen und Rangfolgewahlverfahren mehr Einfluss auf die konkrete personelle Zusammensetzung des Landtags haben. Wir wollen eine Debatte über die Senkung des Wahlalters auf 14 Jahre anstoßen. Damit würde sichergestellt, dass die erste Wahl in allen Fällen noch während der Schulzeit stattfindet, und diese schulisch begleitet werden könnte. Untersuchungen betonen, dass die Teil- oder Nichtteilnahme an der ersten Wahl entscheidend für die Teilnahme an weiteren Wahlen ist. Bürgermeister*innen sowie Landrätinnen und Landräte wollen wir parallel zu den Gemeindevertretungen und Kreistagen wählen und die Amtszeiten synchronisieren. Stichwahlen und Mindestquoren wollen wir abschaffen und stattdessen ein Rangfolgeverfahren einführen. Jugend- und Seniorenbeiräte sollen in den Gemeindevertretungen und Stadtverordnetenversammlungen ein aktives Teilnahmerecht erhalten.

Begründung

Die Beiräte können heute zwar von der Gemeindevertretung eingesetzt werden, die Kommunalverfassung verwehrt ihnen aber das Recht, aktiv an den Sitzungen der Vertretung teilzunehmen (Rederecht), vielmehr ist ihre Teilnahme meist auf eine schriftliche Stellungnahme beschränkt und vom Wollen des Hauptverwaltungsbeamten abhängig.

Daher sollten wir den Beiräten ein aktives Teilnahmerecht einräumen (natürlich kein Stimmrecht). Dies gebietet auch der Respekt vor dem ehrenamtlichen Engagement.